Yvonne Magwas MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU

OKTOBER 2019

Berlin-Brief

NEUES AUS BERLIN
UND DEM VOGTLAND

INHALTE DIESER AUSGABE:

30 Jahre Friedliche Revolution: Sonderfraktionssitzung in Leipzig

Zugang zu Stasiakten sichern und verbessern

Klimaschutzpaket auf den Weg gebracht

Hebammenreformgesetz verabschiedet

Papier zur Industriepolitik vorgelegt

THW wird weiter gestärkt

Liposuktion wird Kassenleistung

Union will Waldinitiative

Soli-Abschaffung: Entlastung für Millionen

Fritzi - Eine Wendewundergeschichte

Roland Jahn in Auerbach

Ostbeauftragter der Bundesregierung im Vogtland

Buffet Crampon feiert Deutschen Musikinstrumentenpreis 2019

Grundschule Bad Brambach erhält Gelder aus Digitalpakt

Antrittsbesuche Bürgermeister

Diskussionsrunde mit CDU-Ortsverband Bad Brambach

„Anne Frank"-Ausstellung in Plauen

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-75637 · **Fax:** 030 227-76639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de

www.magwas.de

Foto: Tobias Koch

EDITORIAL

Liebe Vogtländerinnen und Vogtländer,

jetzt im Oktober und November jähren sich täglich die historischen Ereignisse des Jahres 1989 zum dreißigsten Mal. Es ist wichtig, dass wir uns daran erinnern: Was die ehemalige DDR war. Ein Unrechtsstaat. Eine Diktatur mit Schießbefehl und politischen Gefangenen. Wie das Wunder der Friedlichen Revolution gelang. Durch mutige Frauen und Männer. Durch Gebete. Was Freiheit und Demokratie wert sind.

In Plauen haben wir am 7. Oktober gemeinsam mit Bundespräsident a.D. Joachim Gauck die Friedliche Revolution und den Mut der Menschen unserer Region gefeiert. Schön, dass Joachim Gauck bei uns war. Er hat uns wichtige Worte mitgegeben: „Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung."

Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir am 14. Oktober in Leipzig anlässlich der Friedlichen Revolution eine außerordentliche Fraktionssitzung durchgeführt, erstmalig in der Geschichte unserer Fraktion. Ich habe mich gefreut, dass auch eine Delegation von Protagonisten der Zeit aus dem Vogtland dabei waren. Wir haben in Leipzig mit Zeitzeugen gesprochen, uns gemeinsam erinnert und ein Papier beschlossen. Mehr dazu hier im Folgenden.

Inmitten der Feierlichkeiten kam dann die schreckliche Nachricht von Halle. Ein rechtsradikaler Terrorakt am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur. Das macht sprachlos. Wieder eine rechtsradikale Terrortat. Wieder Tote. Wieder Hasskriminalität. Unsere Gedanken sind bei den Familien der Opfer. Ich kann nicht verstehen, was in den Köpfen solcher Täter vorgeht. Wenn wir weiter freiheitlich und plural leben wollen, müssen wir aber endlich noch viel aktiver tätig werden als Gesellschaft, Politik und Staat. Allein schon das große Geschenk, dass es nach dem Gräuel der Shoa wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt, ist Aufforderung und Verpflichtung!

Deshalb wird die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern ihre Anstrengungen deutlich erhöhen. Unsere Sicherheitsbehörden und Dienste werden wir verstärken. Der neue Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Haldenwang will hierauf erheblich mehr Augenmerk legen. Gut so! Wir werden aber auch das Strafgesetzbuch noch einmal kritisch anschauen müssen. Und in Anbetracht mancher Urteile wohl auch die Justizorganisation.

Ihre Yvonne Magwas

NEUES AUS BERLIN

Gedenken an die Friedliche Revolution vor 30 Jahren: CDU/CSU-Bundestagsfraktion tagt am 14. Oktober in Leipzig

Um den Mut der Menschen während der Friedlichen Revolution vor 30 Jahren zu würdigen, kam die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Sondersitzung in Leipzig zusammen. Dabei verabschiedete sie den „Leipziger Aufruf".

Vor 30 Jahren haben die Menschen in der DDR mit Zivilcourage und Freiheitswillen die Mauer zum Einsturz gebracht und die SED-Diktatur beendet. Um diesen Jahrestag zu feiern, traf sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor Ort. Dabei verabschiedete sie den „Leipziger Aufruf", in dem sie an die mutigen Bürger erinnerte und die weitere Aufarbeitung und Wiedergutmachung des DDR-Unrechts fordert.

Friedliche Revolution gehört Menschen

Dank und Anerkennung gehört den Menschen, die vor 30 Jahren auf die Straße gegangen und das Unrechtsregime zu Fall gebracht haben. Das betonten Fraktionsvorsitzender Ralf Brinkhaus und sein 1. Stellvertreter Alexander Dobrindt. Es war ein Segen für das Deutsche Volk, dass die Union regierte, als die Mauer fiel. Denn die Union war es, die den Glauben an die Wiedervereinigung immer aufrecht erhalten hatte. Ministerpräsident Michael Kretschmer würdigte den Mut des damaligen Kanzlers Kohl und wies darauf hin, dass nirgendwo auf der Welt in so kurzer Zeit ein so hoher Zuwachs an Lebenserwartung und Lebensqualität zu verzeichnen war wie in den neuen Ländern. Bundeskanzlerin Angela Merkel berichtete über ihre Erinnerungen an die Umbruchzeit und würdigte den Mut und die Kreativität der Menschen in ihrem Widerstand gegen das DDR-Regime. Gleichzeitig mahnte sie an die heutige Verantwortung der Bürger. Gegenseitiger Respekt ist das Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen angesichts dessen, was wir erleben.

Opposition und Massenbewegung

In einer Diskussionsrunde über Opposition und Massenbewegung berichteten Zeitzeugen über ihre Erfahrungen mit Flucht und Widerstand. Das Gespräch moderierte Yvonne Magwas, die in ihrem Eingangsstatement auch die Rolle des Vogtlandes und insbesondere Plauens für die Friedliche Revolution hervorhob. Hier

Yvonne Magwas moderierte auf der Leipziger Fraktionssitzung eine Gesprächsrunde über „Opposition und Massenbewegung" mit Zeitzeugen der Friedlichen Revolution ´89. Von links: Jürgen Engert, Roland Jahn, Yvonne Magwas, Susanne Daubner und Uwe Schwabe. Die gesamte Veranstaltung können Sie sich unter folgendem Link anschauen: https://www.youtube.com/watch?v=z3li08Hfj_g

fand die erste große Massendemonstration statt. Fernsehmoderation Susanne Daubner erzählte von ihrer gefährlichen Flucht über die Donau, Stasi-Unterlagenbeauftragter Roland Jahn berichtete über seine Zwangsausbürgerung und journalistische Arbeit im Westen, Journalist Jürgen Engert hob die wichtige Arbeit der Sendung „Kontraste" hervor und der Vorsitzende des Archivs der Bürgerbewegung Leipzig Uwe Schwabe sprach von seiner Zeit im Widerstand. Jahn appellierte an die Verantwortung der Menschen, sich als gesamtdeutsches Volk zu begreifen und sich bei Ungerechtigkeiten wie Rassismus oder Mobbing stärker zu engagieren.
Auch vor Ort war eine Delegation von Zeitzeugen aus Plauen, die sich ´89 für Freiheit eingesetzt hatten.

„Leipziger Aufruf" verabschiedet

Im „Leipziger Aufruf", den die Unionsabgeordneten verabschiedeten, wird deutlich gemacht, dass Erinnerung, Aufarbeitung und Wiedergutmachung auch nach 30 Jahren nicht an Bedeutung verlieren. „Zu diesem Zwecke fordern wir ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland, ein Freiheits- und Einheitsdenkmal auch in Leipzig sowie ein Zentrum für Oppositions- und Widerstandsgeschichte am Ort des Archivs der DDR-Opposition in der ehemaligen Stasi-Zentrale", so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

Zugang zu Stasiakten für die Zukunft erhalten, verbessern und sichern: Deutscher Bundestag beschließt Regelungen

Der Deutsche Bundestag hat die Möglichkeit zur Überprüfung von Stasi-Tätigkeit im öffentlichen Dienst verlängert sowie die Integration der Stasi-Unterlagen-Behörde in das Bundesarchiv beschlossen. Die vogtländische Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas sprach dazu im Plenum.

„Die Stasi-Akten sind das Vermächtnis der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit. Ihre Zugänglichkeit für Bürger, Behörden und Forscher hat wesentlich zur Aufarbeitung der SED-Diktatur beigetragen. Das soll auch so bleiben!“, sagte Bundestagsabgeordnete und Mitglied im federführenden Kulturausschuss Yvonne Magwas in ihrer Plenarrede. Beschlossen wurde die Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeit auf Stasi-Tätigkeit im öffentlichen Dienst sowie die Integration der Stasi-Unterlagen-Behörde in das Bundesarchiv.

Transparenz und Grundvertrauen in staatliches Handeln erhalten

„Nicht nur nach der Wiedervereinigung hatte die Überprüfungsmöglichkeit von Personen in politisch oder gesellschaftlich herausgehobenen Positionen große Bedeutung für den Aufbau demokratischer Strukturen und für die Herstellung von Vertrauen in Politik und Staat, auch heute noch sind wir insbesondere den Opfern der DDR-Diktatur größtmögliche Transparenz und Grundvertrauen in staatliches Handeln schuldig“, erklärte Yvonne Magwas. Deshalb hat die Koalition durchgesetzt, die Ende 2019 auslaufende Überprüfungsmöglichkeit bis 31. Dezember 2030 zu verlängern. Der Bedarf ist da: Im Jahr 2018 gab es 167 Anträge auf Stasi-Überprüfung im öffentlichen Dienst und 446 Anträge auf Überprüfung von Mandatsträgern. „Ein Beispiel aus dem Vogtland: Auf Antrag der CDU-Kreistagsfraktion sollen alle Mitglieder des Kreistages auf eine mögliche vergangene Stasi-Tätigkeit überprüft werden“, so Yvonne Magwas.

Integration in Bundesarchiv ist sinnvoll

Durch die Überführung der Stasi-Unterlagen-Behörde in das Bundesarchiv werden zudem Verbesserungen bei Lagerung, Digitalisierung, Service und Bearbeitung der Akten erreicht. „Klar ist: Es handelt sich hier keineswegs um eine Abwicklung der Behörde, sondern um eine Verbesserung und Aufwertung“, strich Yvonne Magwas heraus. Dazu komme das neue Amt des Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, welches eine Weiterentwicklung des Amtes des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen sei. Damit haben die Menschen, die unter den Repressalien in der ehemaligen DDR gelitten haben, weiterhin einen direkten Ansprechpartner, von dem sie Halt und Unterstützung erfahren. „Das ist ein ganz wichtiges Signal für die Opferarbeit und gegen das Vergessen“, so Yvonne Magwas, die sich in diesem Zusammenhang bei Stasi-Unterlagen-Beauftragtem Roland Jahn für seine langjährige engagierte Arbeit bedankte.

Yvonne Magwas bei ihrer Rede im Deutschen Bundestag, in der sie sich für die Sicherung des Stasiaktenzugangs aussprach. Ihre Rede können Sie sich hier ansehen: https://magwas.de/kennenlernen/news-archiv/show/7047

Forschung wird gestärkt

Ein Meilenstein wurde mit der Einsetzung der 14 Forschungsverbünde im Jahr 2018 geschaffen. Für die Erforschung von begangenem Unrecht, etwa in den Haftanstalten und Erziehungsheimen der ehemaligen DDR stehen 40 Mio. Euro über vier Jahre zur Verfügung. „Es ist wichtig, dass die Forschungsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, etwa Eingang in den Lehrplan der Schulen finden“, sagte Yvonne Magwas. Sie betonte, dass Erinnerung und Erkenntnisgewinn von großer Bedeutung sind: „Das sind wir den Opfern und Ihren Familien schuldig. Das ist wichtig für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit und wesentlich für eine freie und demokratische Gesellschaft in der Zukunft.“

NEUES AUS BERLIN

Klimaschutz durch Anreize und Innovation: Koalition bringt Klimapaket auf den Weg

Die Bundesregierung hat am 20. September das Klimaschutzprogramms 2030 beschlossen. Dieses setzt auf einen sanften Übergang mit mehr als 60 Maßnahmen. Zunächst soll es um wirtschaftliche und finanzielle Anreize gehen, in einem zweiten Schritt kommt der Emissionshandel.

Die Eckpunkte des vorgelegten Klimaschutzprogramms und der entsprechende Beschluss des Klimakabinetts sind ein starker Beweis für die Handlungs- und Reformfähigkeit der großen Koalition, gerade bei einem Megathema wie dem Klimaschutz. „Es ist ein gutes Konzept, weil es umfassend ist, weil es die Menschen mitnimmt, weil es auf Innovation und Technologie und nicht auf Zwang setzt“, so Yvonne Magwas. Wichtig sei, dass die bisherigen Anstrengungen intensiviert würden. Dies geschieht zunächst durch wirtschaftliche und finanzielle Anreize. Erst in einem zweiten Schritt kommt der Emissionshandel, mit dem die

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Es ist uns gelungen, eine Antwort aus der Mitte der Gesellschaft zu geben.“*

CO2-Senkungsziele erreicht werden sollen. Wichtig: Es ist gelungen, eine CO2-Steuer und damit eine Steuererhöhung für Millionen von Bürgern ab 2020 zu vermeiden. Die CO2-Steuer hätte eine Verhaltensänderung von Bürgern erhofft, CO2 aber nicht zwingend reduziert.
Die Eckpunkte gliedern sich in 3 Phasen:

Erste Phase (2020) - Anreize schaffen

Anreize durch:

- Energetische Gebäudesanierung (auch für Einzelmaßnahmen; steuerlich und per Zuschuss)
- Prämie für Ersetzung alter Heizungen (Austauschprämie 40 Prozent)
- Verbilligung von Bahnfahrten im Fernverkehr
- Stärkere Erneuerung des Schienennetzes (rund 86 Mrd. Euro bis 2030)

Zum Klimakongress traf sich am 26. September die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Berlin. Sie setzt auf Technik und Innovation.

- ÖPNV attraktiver gestalten, Bund fördert mit 1 Mrd. Euro pro Jahr
- Intensivierung des Ladesäulenaufbaus für E-Autos (1 Mio. Ladepunkte bis 2030)

Zweite Phase (2021-2025) - Einführung eines CO2-Emissionshandels

Es folgt die Einführung eines nationalen CO2-Emissionshandels für Wärme und Verkehr. Die Klimaschädlichkeit des CO2 wird im Preis damit stärker abgebildet. Der Emissionshandel begrenzt die Menge an ausgestoßenem CO2. Dies geschieht mit einem Festpreis, der ab 2021 Jahr für Jahr bis 2025 steigt, um Verwerfungen zu vermeiden. Gleichzeitig wird die Pendlerpauschale erhöht (ab dem 21. km) und die Stromkosten abgesenkt. Zudem gibt es eine höhere Kaufprämie für Elektro- oder Hybridautos sowie Autos mit Wasserstoffantrieb unter 40.000 Euro.

Dritte Phase (2026-2030) - Versteigerung

Die maximale CO2-Emmissionsmenge wird Jahr für Jahr geringer. Die Zertifikate werden in einem Preiskorridor mit Minimal- und Maximalpreis versteigert.

Zudem steigert die Koalition die Akzeptanz von Windrädern: Sie müssen künftig mindestens einen Kilometer von Wohnbebauung entfernt sein. Gleichzeitig wird der Ausbau erneuerbarer Energien mit Windrädern, Solar und Leitungen fortgesetzt. „Wir nehmen bis 2030 einen dreistelligen Milliardenbetrag in die Hand, um diese Jahrhundertaufgabe zu stemmen. Wir wollen diese Ziele erreichen, weil wir die Schöpfung erhalten und unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt überlassen wollen“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

Ausbildung moderner und attraktiver: Bundestag verabschiedet Hebammenreformgesetz

Mit dem Hebammenreformgesetz hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das die Ausbildung moderner und zugleich deutlich attraktiver macht.

Die Anforderungen in der Geburtshilfe wachsen stetig. Darauf will der Gesetzgeber die angehenden Hebammen künftig in einem dualen Studiengang vorbereiten. Durch eine zusätzliche wissenschaftliche Ausbildung möchte die Koalition Unterstützung für die mit dem Beruf verbundene große Verantwortung im späteren Berufsalltag zukommen lassen.

Duales Studium mit hohem Praxisanteil

Angehende Hebammen werden künftig in einem dualen Studium mit hohem Praxisanteil ausgebildet. Dieses bietet die Chance, ein wissenschaftliches Studium mit einer beruflichen Ausbildung zu verbinden. Die Praxiseinsätze finden im Krankenhaus und im ambulanten Bereich, z. B. bei einer freiberuflichen Hebamme oder in einem „Geburtshaus“ statt. Insgesamt soll das duale Studium mindestens sechs und höchstens acht Semester dauern und wird mit einem Bachelor und einer staatlichen Prüfung abgeschlossen. Der Abschluss ist Voraussetzung, um die Berufsbezeichnung Hebamme führen zu dürfen. Während des gesamten Studiums erhalten die Studierenden eine Vergütung.

YVONNE MAGWAS:

„Wir wollen Hebammen auf ihren wichtigen Beruf künftig noch besser vorbereiten.“

Durch eine EU-Richtlinie war es notwendig geworden, die Hebammenausbildung in Deutschland als akademischen Beruf neu auszurichten. Das Gesetz wird zum Januar 2020 in Kraft treten.

Soziale Marktwirtschaft ist auch heute die Lösung: Unionsfraktion beschließt Papier zur Industriepolitik

Die Unionsfraktion hat ein Papier zur Industriepolitik beschlossen. Das Rad wird nicht neu erfunden. Vielmehr wird auf alte Stärken Bezug genommen.

Unser jüngst beschlossenes Papier zur Industriepolitik ist ein Beitrag der Bundestagsfraktion zu der von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier angestoßenen wichtigen Debatte zur Stärkung des Industriestandorts Deutschland. Deutschland besitzt eine der stärksten Industrien. Gleichfalls verändert sich aber die Welt durch die Digitalisierung und die wirtschaftliche Expansion von Ländern wie China. Für den Umgang mit diesen Herausforderungen geben auch heute noch die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft die Antwort. Es hat sich bewährt, dass die Politik grundlegende Rahmenbedingungen setzt, aber selbst in das Marktgeschehen nicht eingreift.

Sofortmaßnahmen gegen Abschwung

Als Sofortprogramm schlägt die Unions-Bundestagsfraktion ein umfangreiches Bündel an Maßnahmen vor. Das Kernstück stellt eine große Steuerreform dar. Daneben ist eine Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive, die dem Fachkräftemangel aktiv entgegenwirkt, dringend notwendig. Ferner bedarf es des weiteren Ausbaus der heimischen Verkehrs- und digitalen Infrastruktur. Des Weiteren muss die Energie- und Klimapolitik noch stärker auf marktwirtschaftliche Instrumente, ressourcenschonende Verfahren und Innovationen setzen. Und schließlich braucht es eine konsequente Flexibilisierung und Deregulierung für mehr unternehmerische Freiräume. „Ich bin fest davon überzeugt, dass davon am Ende alle profitieren würden“, so Yvonne Magwas.
Das Papier könne Sie unter folgendem Link nachlesen:

https://www.cducsu.de/sites/default/files/2019-09/Einordnung%20der%20Industriepolitik%20in%20die%20Soziale%20Marktwirtschaft%20korrigiert-2.pdf

NEUES AUS BERLIN

Technisches Hilfswerk wird 2020 weiter gestärkt

Im Haushaltsausschuss wurden Ende September zahlreiche Änderungen für das Technische Hilfswerk (THW) beschlossen und dabei eine Reihe von Erfolgen erzielt.

Erreicht wurde für das THW, dass die bereits 2019 beschlossenen Erhöhungen auch in 2020 fortgeführt werden. Das betrifft:

- die erhöhte Aufwandsentschädigung (800.000 Euro)
- die bundesweite Kampagne zur Nachwuchsförderung (3 Mio. Euro)
- die Stärkung der THW-Jugend (290.000 Euro)
- das zusammen mit der DLRG betriebene EU-Modul 17 (200.000 Euro)
- das UN-Training Support Center (1,5 Mio. Euro)

Immer gut im Gespräch: Im Rahmen der Veranstaltung „MdB trifft THW“ in Berlin hat sich Yvonne Magwas mit Marcel Reinhold vom THW Reichenbach zu neuen Projekten am Standort Reichenbach ausgetauscht

Mehr Mittel für die Ortsverbände

Zudem werden die Selbstbewirtschaftungsmittel der Ortsverbände 2020 um 6,68 Mio. Euro erhöht. Damit erhält jeder Ortsverband im Durchschnitt 10.000 Euro zusätzlich, wobei die konkrete Aufteilung vom Landesverband, der Helferzahl und der Fahrzeugausstattung abhängt. „Damit wird die wichtige Arbeit vor Ort gestärkt“, sagt Yvonne Magwas. Das bereits begonnene Beschaffungsprogramm für Notstromaggregate (50 kVA) wird fortgesetzt. 2020 werden fast 34 Mio. Euro bis 2023 zur Verfügung gestellt, so dass am Ende jedem der 668 Ortsverbände ein eigenes Notstromaggregat zur Verfügung stehen wird. Damit wird gewährleistet, dass das THW im Krisenfall selbst handlungsfähig ist - und zwar flächendeckend.

Mehr „Bereitstellungsräume 500“

Neben dem bereits geplanten „Bereitstellungsraum 500“ („BR 500“) für Westdeutschland werden nun 2,5 Mio. Euro bereitgestellt für die Beschaffung von zwei weiteren „BR 500“ für Süd- und Ostdeutschland. So ist das THW bei Großschadensereignissen zukünftig in allen Himmelsrichtungen besser aufgestellt. Für die dazu notwendige IT-gestützte Einsatzkoordinierung werden 5 Mio. Euro bis 2024 bereitgestellt.

Fettabsaugung wird Kassenleistung

Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat beschlossen, dass die Fettabsaugung bei Lipödem des Stadiums 3 Kassenleistung wird. Vorausgegangen war eine Initiative des Bundesgesundheitsministers.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Betroffene brauchen schnelle und unbürokratische Hilfe.“*

Knapp drei Millionen Frauen leiden unter einer krankhaften Fettverteilungsstörung (Lipödem). Momentan werden die Kosten der Therapien nicht von den Krankenkassen übernommen. Auf Initiative des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn hat der GBA nun entschieden, dass die Fettabsaugung (Liposuktion) bei Lipödem des Stadiums 3 zur Kassenleistung wird. Die Behandlung ist abhängig von verschiedenen Faktoren. So muss bei einem BMI von unter 35 nachgewiesen werden, dass eine konservative Therapie erfolglos war. Bei einem BMI von unter 40 ist Bedingung, dass zusätzlich zum Lipödem auch die Adipositas behandelt wird.

NEUES AUS BERLIN

Union für umfangreiche Waldinitiative

Der Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dem Yvonne Magwas angehört, hat bei seiner Klausurtagung in Potsdam im September das Papier „Internationale Wald-Initiative, Wälder pflanzen und bewahren - Klima schützen“ beschlossen. Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

Der Wald ist entscheidend für den Schutz unseres Klimas. Das Ziel, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen, ist ohne gesunde Wälder nicht zu erreichen. Umfangreiche Aufforstungsprogramme können den Anstieg der globalen Temperatur bremsen. Die Unionsfraktion möchte deshalb dem Erhalt der Wälder im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit eine noch größere Bedeutung beimessen. Ebenso sollen die Wiederaufforstung und die nachhaltige Bewirtschaftung unterstützt werden. Grundlage wird ein internationaler Waldfonds, der für alle Geber offen ist. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat kürzlich der Weltbank in New York 200 Mio. Euro zum Start eines neuen Waldförderfonds zugesagt.

Vertragliche Vereinbarung umgesetzt

Mit diesem Beitrag setzt Deutschland auf Initiative der Union ein wichtiges Zeichen zum Schutz und zur Aufforstung der Wälder in Entwicklungsländern. Deutschland trägt hiermit auch zur Umsetzung seiner wichtigen eigenen vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens bei. Das Abkommen erachtet u.a. finanzielle Hilfen für Entwicklungsländer als einen wichtigen Baustein zum weltweiten Klimaschutz.

Klimaschutz über Grenzen hinaus

„Geld in den internationalen Klimaschutz zu investieren ist sehr klug angelegtes Geld. Das Klima kann selbstverständlich nicht allein von Deutschland aus gerettet werden. Dessen sind wir uns wohl bewusst. Wir fördern deswegen den Klimaschutz auch im Ausland. Dies führt zu einer deutlich größeren CO2-Verringerung, als mit der gleichen Summe in Deutschland erzielt werden könnte“, so Yvonne Magwas.

Soli-Abschaffung: Millionen Menschen werden entlastet

Das Bundeskabinett hat die Pläne zu einer weitgehenden Streichung des Solidaritätszuschlags beschlossen. Dabei werden 90 Prozent der heutigen Zahler ab 2021 vollständig entlastet.

Der Gesetzentwurf zur Streichung des Solis sieht vor, dass ab dem Jahr 2021 der Solidaritätszuschlag für 90 Prozent der bisherigen Zahler vollständig abgebaut und für weitere 6,5 Prozent der heutigen Zahler gesenkt wird. Durch diesen ersten großen Schritt werden Millionen von Menschen in Deutschland entlastet. Am Monatsende wird ihnen so mehr Netto vom Brutto bleiben.

Ziel ist die komplette Abschaffung

„Es ist gut, dass jetzt, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, so viele Bürger entlastet werden. Trotzdem geht uns als Union diese deutliche Erleichterung noch nicht weit genug. Wir halten an unserem Ziel fest, den Solidaritätszuschlag letztlich für alle Steuerzahler abzuschaffen“, macht Yvonne Magwas deutlich. Bei der ursprünglichen Einführung des Solis wurde die spätere Komplettabschaffung seitens der Politik versprochen. Dieses Versprechen haben wir nicht vergessen!

YVONNE MAGWAS:

„Der Finanzminister muss ambitionierter bei Soli-Abschaffung sein.“

Der Solidaritätszuschlag wurde 1991 eingeführt, um nach der Wiedervereinigung die Kosten für den Aufbau Ost zu bewältigen. Am Anfang wurde der „Soli“ als 7,5-prozentiger Aufschlag auf die Lohn-, Einkommens-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuer erhoben. 1995 wurde dieser Anteil auf 5,5 Prozent verringert. Den Soli müssen die Steuerzahler im Westen und im Osten Deutschlands gleichermaßen zahlen.

NEUES AUS BERLIN

Ein guter Tag für das Handwerk: Meisterpflicht kommt wieder

Das Bundeskabinett hat den Entwurf zur Änderung der Handwerksordnung und anderer Vorschriften beschlossen. Damit soll die Meisterpflicht für zwölf Gewerke wiedereingeführt werden.

Vorausgegangen sind dem Gesetzentwurf zur Änderung der Handwerksordnung lange Beratungen in der eingerichteten Koalitionsgruppe „Meisterpflicht". Ab 2020 kommt die Wiedereinführung der Meisterpflicht u.a. für Fliesenleger, Parkettleger sowie Betonstein- und Terrazzohersteller. Die Meisterpflicht soll auch für den Beruf des Estrichlegers, Raumausstatters und Glasveredlers gelten. Zuvor jedoch muss der Bundestag dem Vorhaben zustimmen.

Union drängte früh auf Veränderungen

„Intensiv haben die Bildungspolitiker der Union und ich für die Wiedereinführung der Meisterpflicht argumentiert und geworben", so die Bildungspolitikerin Yvonne Magwas. Die damalige rot-grüne Bundesregierung hatte 2004 die teilweise Aufhebung der Meisterpflicht durchgezogen. Allerdings kam es folgend zu Fehlentwicklungen. Um diesen entgegenzusteuern, hatte die Union darauf gedrängt, die Wiedereinführung der Meisterpflicht in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Wichtige Punkte dabei sind die Wahrung des Verbraucherschutzes und von Qualitätsstandards.

YVONNE MAGWAS:

„Wir haben intensiv für die Wiedereinführung der Meisterpflicht geworben."

Sanfter Übergang statt abrupter Wechsel

Bei der Reform ist besonders erwähnenswert, dass mit den Regelungen keine bestehenden Betriebe belastet werden. Denn die Pflicht gilt erst für ab 2020 neu zugelassene Betriebe. „Wir sorgen mit dieser Maßnahme für keinen abrupten Wechsel, sondern für einen notwendigen Übergang. Insgesamt ist das eine gute und richtungsweisende Entscheidung für das Handwerk und die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Deutschland", konstatiert Yvonne Magwas. Nach fünf Jahren soll eine Evaluierung der Neuregelung erfolgen.

Antennengemeinschaften erzielen Teilerfolg

In der langjährigen Auseinandersetzung um urheberrechtliche Vergütungspflichten von Antennengemeinschaften wurde für aufgelaufene Forderungen nun endlich eine Lösung gefunden.

Die Antennengemeinschaften, eine Besonderheit in den neuen Ländern noch aus DDR-Zeiten, streiten seit Jahren mit Verwertungsgesellschaften wie der GEMA , ob sie für die Weiterleitung von Sendesignalen über eine Gemeinschaftsantenne urheberrechtliche Vergütungen zahlen müssen. Nun gibt es einen Teilerfolg.

GEMA lenkt ein

Für die aufgelaufenen Forderungen hat die GEMA nun eingelenkt und sich zu langfristigen Stundungen der angefallenen urheberrechtlichen Vergütungen bereit erklärt. Bei drohender Zahlungsunfähigkeit sind Teilverzichte bis zu 80 Prozent der Forderungen möglich.

Gerechte Lösung für die Zukunft schaffen

Die sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten setzen sich gemeinsam mit der sächsischen Staatsregierung sowie den Antennengemeinschaften für eine zukünftig rechtssichere und gerechtere Lösung ein. „Während große Wohnungseigentümergemeinschaften für den Empfang von Rundfunk nichts bezahlen müssen, werden Antennengemeinschaften allein für die Weiterleitung der Programme zur Kasse gebeten. Das ist ungerecht und hier besteht Handlungsbedarf", so Yvonne Magwas. Bereits 2018 hat der Freistaat Sachsen einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der regelt, dass der Empfang über Gemeinschaftsantennen keine Vergütung auslöst. Diese Initiative wird von den sächsischen CDU-Bundestagsabgeordneten unterstützt.

NEUES AUS BERLIN

Besuch aus dem Vogtland in Berlin

Auf Einladung von Yvonne Magwas besuchten über den Sommer Vogtländerinnen und Vogtländer das politische Berlin und informierten sich über den Deutschen Bundestag sowie die politische Arbeit ihrer Abgeordneten.

Foto links: Die diesjährige Bildungsreise führte die Sportjugend Vogtland Anfang August nach Berlin. Die Jugendlichen nahmen an einem Infovortrag auf den Besucherrängen des Plenarsaals teil und kamen mit ihrer Abgeordneten Yvonne Magwas ins Gespräch. Zudem erhielten sie eine Führung durch die Liegenschaften des Deutschen Bundestages.

Foto rechts: Schülerinnen und Schüler der Evangelischen Montessori Oberschule Plauen besuchten im Rahmen einer Klassenfahrt den Deutschen Bundestag und informierten sich bei einem Vortrag, einer Führung und einer Diskussionsrunde über das Parlament.

Foto links: Mitte September waren 50 interessierte Vogtländerinnen und Vogtländer zu Gast in der Bundeshauptstadt. Darunter auch die Grünbacher Folkloristen. Zum Programm des dreitägigen Aufenthalts gehörten u.a. ein Besuch im Bundesgesundheitsministerium, eine Führung durch den „Tränenpalast“, ein Rundgang durch die Liegenschaften des Deutschen Bundestages und eine Stadtrundfahrt.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Geschichte erlebbar machen: Fritzi - Eine Wendewundergeschichte am 3.11. in Plauen

Anlässlich 30 Jahre Friedliche Revolution organisiert Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas am 3. November eine Sondervorführung des Animationsfilms „Fritzi - eine Wendewundergeschichte“ im Capitol-Kino Plauen. Der Film soll Kindern und Jugendlichen die deutsch-deutsche Geschichte begreifbar machen. Gemeinsam mit dem SAEK Plauen und Zeitzeugen wird es ein Nachgespräch zum Film geben .

Ein Geschichtsfilm für die ganze Familie. Seit dem 9. Oktober flimmert „Fritzi - eine Wendewundergeschichte“ über die Kinoleinwand. Sein Ziel: Die Friedliche Revolution einem kindlichen Publikum begreifbar machen. Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas organisiert gemeinsam mit dem SAEK Plauen und dem Capitol-Kino eine Sondervorführung mit anschließendem Filmgespräch. „Wir wollen für unsere kleinen Vogtländer die deutsch-deutsche Geschichte erleb- und begreifbar machen. Mit Hilfe des Films legen wir einen Zugang zu den Ereignissen des Herbstes 1989. Bei einem Filmnachgespräch mit Zeitzeugen und dem SAEK geben wir den jungen Vogtländern die Chance, Fragen zu stellen und sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Fritzi ist ein Film für die ganze Familie. Ich hoffe, es nehmen viele Vogtländer die Gelegenheit am 3. November war“, so Yvonne Magwas.

Die Kinokarten können bereits jetzt über das Kino erworben werden, entweder vor Ort oder per Telefon unter der Nummer 03741/1469050. Selbstverständlich können Sie Ihre Tickets auch am 3. November an der Tageskasse kaufen.

Die Friedliche Revolution aus Kindersicht

Der Film handelt um das zwölfjährige Mädchen Fritzi. Sie kümmert sich über die Sommerferien 1989 liebevoll um den Hund ihrer besten Freundin Sophie. Zum Beginn der neuen Klasse kehrt diese jedoch mit ihren Eltern aus Ungarn nicht zurück. Sie sind in den Westen geflohen. Fritzi macht sich auf die Suche nach ihrer Freundin und gerät in ein Abenteuer, das die Zukunft des ganzen Landes verändert

Wann? 3. November 2019, 14:30 Uhr
Wo? Capitol-Kino Plauen (Bahnhofstraße 33)
Altersempfehlung? 8-12 Jahre
Kosten? 5,00 Euro pro Person
Film-Länge? 90 Minuten
Anschließend: 30-minütige Fragerunde mit Zeitzeugen und dem SAEK Plauen

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Weichen neu gestellt: Roland Jahn informiert Vogtländer über zukünftige Sicherung der Stasi-Unterlagen

Anlässlich 30 Jahre Friedliche Revolution besuchte am 6. Oktober Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, das Vogtland. Bei einer Gesprächsrunde stellte er das neue Konzept zur weiteren Sicherung der Stasi-Unterlagen vor.

Gemeinsam mit dem CDU-Stadtverband Auerbach lud Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas zum Austausch mit Roland Jahn in die „Drei Türme Stadt“ ein. Unter dem Motto „Freiheit für meine Akte - Das Vermächtnis der Friedlichen Revolution“ diskutierten rund 50 Vogtländerinnen und Vogtländer mit dem Bundesbeauftragen über den neuen Umgang mit den Stasi-Unterlagen.

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Die Stasi-Akten sind das Fundament für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ihr Zugang muss erhalten bleiben.“*

Erinnerung lebendig halten

Als eine Errungenschaft der Friedlichen Revolution bezeichnet Roland Jahn den Stasi-Unterlagen-Umgang. Mithilfe der Dokumente, Fotos, Ton- und Filmaufnahmen wird noch heute über die ehemalige DDR aufgeklärt. Die Weichen für eine zukunftsfeste Struktur wurden nun mit der Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gestellt. Mit daran gearbeitet hat der Bundesbeauftragte. Es geht darum, die Brücke zur nächsten Generation zu schlagen, eine zeitgemäße Vermittlung zu schaffen und den Opfern gerecht zu werden. Dafür will Roland Jahn die Ressourcen und Kompetenzen des Bundesarchivs nutzen. Yvonne Magwas unterstützt das neue Konzept: „Aufklärung und Aufarbeitung des Stasi- und SED-Unrechts sind auch nach drei Jahrzehnten dringend erforderlich. Die Akten sind das Fundament dazu. Mit dem aktuell beschlossenen Konzept wird sichergestellt, dass der Zugang weiter möglich ist - für die Opfer des SED-Regimes, die nächsten Generationen sowie Forschung und Bildung.“

Interesse an Stasi-Akten ungebrochen

Über drei Millionen Menschen haben seit der Wiedervereinigung einen Antrag auf Einsicht in ihre Stasi-Akte gestellt, davon 850.525 aus Sachsen. 2018 gingen 45.309 Anträge in der Behörde und den Außenstellen ein. Derzeit nutzen nur rund fünf Prozent der Antragsteller die Lesesäle in den Archivstandorten. Die meisten fordern ihre Akte in Kopie nach Hause an. Insgesamt stehen über 111 Kilometer Schriftgut für die Recherche zur Verfügung.

Roland Jahn und Yvonne Magwas informieren über den geplanten Umzug der Stasi-Akten ins Bundesarchiv. Je neuem Bundesland soll es einen zentralen, modernisierten Archivstandort geben. Die derzeitigen Außenstellen bleiben zur Einsicht erhalten.

Mehr zum „Neunten Gesetz zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes“ lesen Sie auf Seite 4.

Über 50 Vogtländerinnen und Vogtländer kamen zur Gesprächsrunde, ließen die anderen an ihrer eigenen Geschichte teilhaben

NEUES AUS DEM VOGTLAND

30 Jahre Friedliche Revolution: Ostbeauftragter der Bundesregierung im Vogtland

Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas begrüßte am 20. August Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie sowie Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, im Vogtland.

Erinnerung. Wandel. Zukunft. Unter diesem Motto reiste Ostbeauftragter Christian Hirte anlässlich 30 Jahre Friedliche Revolution durch die neuen Länder. Seine Sommertour führte ihn auch ins Vogtland - den Geburtsort der Friedlichen Revolution. Noch vor Dresden und Leipzig gab es in Plauen die ersten friedlichen Proteste. Bei seinem Besuch in der Spitzenstadt war ihm vor allem der persönliche Austausch mit den damaligen Akteuren wichtig.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Die mutigen Frauen und Männer aus Plauen gaben 1989 den freisetzenden Funken für die Friedliche Revolution.“*

Zeichen der Anerkennung

„Der Wendeherbst 1989 begann bei uns in Plauen. Mutige Frauen und Männer demonstrierten für Freiheit und Reformen. Sie gaben den freisetzenden Funken für die Revolution. Darauf können wir stolz sein. Dass der Ostbeauftragte Plauen als Wiege der Friedlichen Revolution besucht, ist auch ein Zeichen der Anerkennung für die Courage der Plauener Demonstranten. Die Grenzöffnung und die Wiedervereinigung waren folgenreich für unsere Wirtschaft. Ich habe dem Ostbeauftragten einen Einblick gegeben, welche traditionsreichen und innovativen Unternehmen es im Vogtland gibt. Dazu zählen u.a. der vogtländische Musikwinkel - ein Alleinstellungsmerkmal unserer Region, aber auch Firmen wie die Vowalon“, so Yvonne Magwas.

Wichtiger Austausch: Gespräche mit Zeitzeugen, u.a. Mitglieder der Gruppe der 20 in Plauen

Innovative Wirtschaft: Geschäftsführer der VOWALON Gregor Götz stellt Yvonne Magwas und Christian Hirte die Produktqualität des Familienunternehmens vor

Interessante Tour: Mit einem Wartburg aus seiner thüringischen Heimat reiste der Ostbeauftragte durch das Vogtland. Insgesamt war er so 14 Tage unterwegs, legte 5.000 Kilometer zurück

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Handwerk mit Zukunft: Buffet Crampon feiert Deutschen Musikinstrumentenpreis 2019

Mit einem musikalischen Festakt feierte Buffet Crampon Anfang Oktober den Erhalt des Deutschen Musikinstrumentenpreis 2019 für ihre b-Trompete MBX „Heritage“.

„Ein richtiger und würdiger Festakt“, lobte Yvonne Magwas in ihrer Glückwunsch-Rede. Anlässlich ihres Gewinns des Deutschen Musikinstrumentenpreises 2019 lud die Buffet Crampon Deutschland GmbH in die Musikhalle Markneukirchen ein. Die Auszeichnung des Bundeswirtschaftsministeriums wird offiziell auf der Frankfurter Musikmesse übergeben. Leider geht die Verleihung dort meist etwas unter. Yvonne Magwas setzt sich als Mitglied des Kulturausschusses des Deutschen Bundestages für den Preis und einen angemessenen Rahmen ein: „Wir können stolz sein, dass der Preis zum zwölften Mal in unsere Heimat geht. Er ist ein wichtiges Aushängeschild und Markenzeichen der Musikbranche. Umso wichtiger sind der Erhalt und eine festliche Verleihung des Preises.

YVONNE MAGWAS:

„Wir können stolz sein, dass der Preis zum zwölften Mal in unsere Heimat ging. Er ist ein wichtiges Aushängeschild und Marke der Musikbranche.“

Kulturerbe ist Ansporn und Verpflichtung

Der Musikwinkel ist ein Alleinstellungsmerkmal des Vogtlandes. Seine Relevanz als bedeutendster Standort des Musikinstrumentenbaus gilt europaweit. „Diese Bedeutung muss den Menschen und Verantwortlichen vor Ort immer Verpflichtung und Ansporn sein. Dabei sind es vor allem die Musikinstrumentenbauer die dem Instrument seinen Wert geben. In rund 100 Betrieben - meist Betriebe in Familienhand - werden die Erfahrungen der Handwerksmeister von Generation zu Generation weitergegeben, fortgeführt und entwickelt“, so Yvonne Magwas.

Bessere Ausstattung: Erste vogtländische Schule bekommt Geld aus dem DigitalPakt

Die Grundschule Bad Brambach ist Vorreiter. Als erste Schule im Vogtland erhielt sie Geld aus dem DigitalPakt.

Rund 26.000 Euro gab es Ende August für die Grundschule in Bad Brambach. Der sächsische Kultusstaatssekretär Herbert Wolff, Landtagsabgeordneter Andreas Heinz und Yvonne Magwas übergaben den Förderbescheid an die Schulleitung. Mit dem Geld werden u.a. digitale Tafeln angeschafft.

Ausstattung und Anwendung wichtig

Hardware allein kann nicht die Weichen für einen sicheren Umgang mit der digitalen Welt stellen. Lehrer müssen medienpädagogisch ausgebildet werden, damit sie digitale Kompetenzen vermitteln können. Um die Förderung zu bekommen, mussten die Lehrerinnen und Lehrer der Grundschule ein medienpädagogisches Konzept erarbeiten. „Lernen in der digitalen Welt ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunft. Ohne digitale Kompetenz werden es die jetzigen und späteren Generationen auf dem Arbeitsmarkt schwer haben. Der Bund trägt mit dem DigitalPakt Schule dazu bei diese Herausforderung gemeinsam mit Ländern und Kommunen anzupacken. Für die infrastrukturelle Grundlage digitaler Bildung stellt er in den nächsten fünf Jahren fünf Milliarden Euro zur Verfügung. Die Länder bringen zusätzlich einen Eigenanteil ein“, so die Abgeordnete.

YVONNE MAGWAS:

„Kein Medium allein erzeugt gute Bildung. Infrastruktur und Qualifizierung sind gleichermaßen wichtig.“

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Antrittsbesuche bei neuen Bürgermeistern in Neumark und Bad Brambach

Offene und ideenreiche Gespräche führte Yvonne Magwas mit den diesjährig neugewählten Bürgermeistern des Vogtlandkreises.

Von Beginn an hielt die vogtländische Bundestagsabgeordnete den Austausch zwischen Bund und Kommunen für sehr wichtig. Nach ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag besuchte sie alle Bürgermeister ihrer Heimat. Solche „Antrittsbesuche“ gab es Anfang Oktober auch bei den neu gewählten Bürgermeistern von Neumark und Bad Brambach.

Gute Gespräche: Yvonne Magwas mit den Bürgermeistern Maik Schüller (oben) und Sven Köpp (unten)

Gemeinsam fürs Vogtland arbeiten

Bad Brambachs Bürgermeister Maik Schüller sprach mit Yvonne Magwas über die geplante Elektrifizierung der Bahnstrecke von Plauen über seine Gemeinde nach Cheb und die Sanierung des Freibades. Beim Besuch in Neumark waren mit Bürgermeister Sven Köpp u.a. Kindergartenausbau und Verlegung von 110 -KV-Leitungen Thema. „Mir ist es wichtig, über kommunale Herausforderungen informiert zu sein. Ich biete gern meine Unterstützung an. Es waren gute Gespräche, ich habe einige Hausaufgaben für Berlin mitgenommen“, so Yvonne Magwas.

Regionale Herausforderungen: Diskussionsrunde mit dem CDU-Ortsverband Bad Brambach

Basisarbeit im Oberen Vogtland stand im Oktober auf der Agenda von Yvonne Magwas.

Die CDU Bad Brambach verlor mit der Kommunalwahl im Mai Sitze im Gemeinderat. An Bedeutung will sie allerdings nicht verlieren. Mit Herz und Engagement wollen die Mitglieder weiterhin für ihre Heimat streiten. Yvonne Magwas traf sich zum Austausch.

Mit der CDU Bad Brambach bespricht Yvonne Magwas u.a. die Umsetzung der Fördermittel für die Sanierung des Freibades

Freibad und Elektrifizierung bewegen

Hauptthemen in Bad Brambach sind zurzeit die Elektrifizierung der Bahnstrecke Plauen/Cheb und die Sanierung des Freibades. Vom Bund erhält der Kurort 68.000 Euro für die Instandsetzung des Außenbereichs der Badanlage. Dazu zählen Beleuchtung, Umrandung, Einstiegshilfen und Brücke. Jetzt geht es ans Umsetzen der Fördermittel. Große Diskussionen gibt es beim Thema Elektrifizierung. Während die einen für eine Anbindung an das Fernverkehrsnetz sind, befürchten andere die Auswirkung der Schallübertragung durch Güterzüge.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Antisemitismus und Diskriminierung erkennen: „Anne Frank“-Ausstellung gastiert in Plauen

Die Wanderausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte" machte für vier Wochen in Plauen Halt. Ihr Ziel: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung sensibilisieren.

Mit der Veröffentlichung ihres Tagesbuchs wurde Anne Frank zur Symbolfigur. Symbolfigur für die Ermordung an sechs Millionen jüdischen Frauen, Männern und Kindern. Das grausamste Verbrechen der Menschheit. Heute fragen wir uns: Wie konnte es so weit kommen? Diese und andere Fragen versucht die Ausstellung „Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte“ zu beantworten.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Die Ausstellung leistet einen wichtigen Beitrag, die Erinnerung an den Holocaust lebendig zu halten - ein Unrecht, das sich nie wiederholen darf!“*

Jugendliche begleiten Jugendliche

Die Ausstellung wurde von Anne Frank Zentrum und Anne Frank Haus entwickelt, tourt seit sieben Jahren durch Deutschland. Vom 10. September bis 10. Oktober gastierte sie auf eine Initiative des „Runden Tisches“ im Berufsschulzentrum „Anne Frank“ in Plauen. Unter dem Motto „Jugendliche begleiten Jugendliche“ wurden die dortigen Schülerinnen und Schüler als Ausstellungsbegleiter geschult. Sie führten Schulklassen und andere Gruppen durch die Ausstellung und brachten ihnen Hintergründe, u.a. zu den Themen Diskriminierung und Rassismus näher. „Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag, die Erinnerung an den Holocaust lebendig zu halten - ein Unrecht, welches sich nie wiederholen darf. Unser aller Aufgabe muss es sein, die Gesellschaft gegen Antisemitismus und Rassismus zu sensibilisieren. Wir müssen uns klar gegen Intoleranz und rassistische Diskriminierung stellen. Wir müssen für eine offene, demokratische und pluralistische Gesellschaft aktiv einstehen“, so Yvonne Magwas bei der Eröffnung der Ausstellung.

Starke Frauen im Vogtland: Zweites Netzwerktreffen gibt wertvolle Impulse

Rund 100 Unternehmerinnen trafen sich im September zum 2. Business-Frauen-Lunch-Vogtland im Plauener Umwelt- und Naturschutzzentrum Pfaffengut.

Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung im Januar ging am 13. September das vogtländische Unternehmerinnen-Netzwerk in die zweite Runde. Drei Gründerinnen des Frauennetzwerkes „FRAUEN unternehmen“ gaben den Vogtländerinnen Einblicke aus ihrem Unternehmertum.

Praxiserfahrung weitergeben

„Die Referentinnen Annett Barth (Delta Barth Systemhaus Chemnitz), Anne Werner (Keramikstudio Meißen) und Melanie Lobstädt (Melonie Echt Guter Stoff Leipzig) haben im Laufe ihrer Karrieren unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Ihr Wissen geben sie nun weiter. Das ist ein wertvoller Impuls für die tägliche Arbeit unserer regionalen Powerfrauen“, so Magwas.

Der 3. Business-Frauen-Lunch-Vogtland wird am 24. Januar 2020 im Landratsamt in Plauen stattfinden. Interessentinnen melden sich bitte bei Yvonne Dölz (IHK Plauen) unter der Telefonnummer 03741-2143301 oder via E-Mail an yvonne.doelz@chemnitz.ihk.de.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Fünfte Netzwerkrunde: Bibliotheken unterstützen vogtländische Vorlesepaten

Künftig werden die Mitglieder des Netzwerkes „Vorlesen im Vogtland“ von der Stadtbibliothek Auerbach sowie den Stadt- und Kreisbibliotheken Vogtland in Rodewisch mit Büchern versorgt.

Die Vorlesepaten trafen sich im Oktober zum fünften Netzwerktreffen in Auerbach. Diesmal öffnete die Stadtbibliothek ihre Türen und sicherte den Vorlesepaten bei ihrem Vorhaben, das Kulturgut (Vor-)Lesen im Vogtland zu erhalten, ihre Unterstützung zu.

Kooperation mit Bibliotheken fruchtet

Nachdem das Netzwerk ein Schreiben an alle Bibliotheken des Vogtlandes versandt hat, gab es nun erste Erfolge. Sowohl die Stadt- und Kreisbibliotheken Vogtland in Rodewisch wie auch die Auerbacher Bibliothek werden künftig die Vorlesepaten mit Literatur versorgen. „Beide Einrichtungen legen extra ein Nutzerkonto für unsere Vorleser an. Das ist eine großartige Hilfe für unserer Arbeit. Dafür sind wir sehr dankbar. Mit anderen Bibliotheken sind wir zusätzlich im Austausch. Sie bieten uns ihre Räumlichkeiten für ein Treffen an oder möchten gemeinsam mit uns Vorlese-Aktionen starten“, so Yvonne Magwas.

Literaturtipps fürs Vorlesen

Wer kann welches Kinderbuch empfehlen? Die Vorlesepaten tauschten sich aus und präsentierten ihre aktuellen Vorlese-Bücher. Von Interesse war besonders die Altersempfehlung. Erfahrene Literatur-Experten, wie z.B. Dr. Frieder Spitzner oder die Auerbacher Buchhandlung Buch & Kunst, stehen den Vorlesepaten zusätzlich jederzeit zur Verfügung.

YVONNE MAGWAS:

„Wir sind sehr dankbar für die Unterstützung der vogtländischen Bibliotheken. Die Angebote sind eine großartige Hilfe für unsere ehrenamtliche Arbeit.“

Weiterhin Mitstreiter gesucht

Nicht alle Einrichtungen können derzeit mit Vorlesern vom Netzwerk versorgt werden. Deshalb ist es weiterhin auf der Suche nach Mitstreitern. Interessenten mögen sich im Plauener Bürgerbüro der Bundestagsabgeordneten unter 03741/ 2767296 oder yvonne.magwas.ma07@bundestag.de melden.

Nächstes Netzwerktreffen 2020

Das nächste Treffen ist für Ende Januar geplant. Bis dahin will sich das Netzwerk auch online präsentieren. Dafür wurde eine Arbeitsgruppe gegründet.

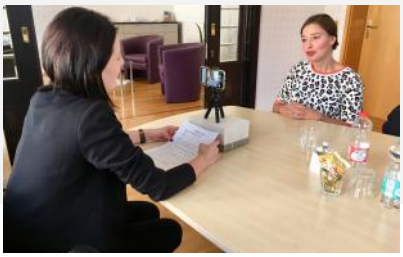
SOZIALE MEDIEN

@ Facebook | @ Twitter | @ Instagram

14. August 2019:
„Rede und Antwort stand ich heute Leandra Weber. Sie schreibt eine Arbeit als ‚besondere Lernleistung' und setzt sich darin mit dem politischen Engagement von jungen Menschen auseinander. Ich habe sie darin bestärkt, sich einzumischen. Eine tolle und aktive junge Frau, die sich einbringt und ihren Weg machen wird!"

8. Oktober 2019:
„Bundespräsident a.D. Joachim Gauck hat anlässlich 30 Jahre Friedliche Revolution Plauen besucht und den Mut der Plauenerinnen und Plauener gewürdigt. In seinen bewegenden Worten hat er uns mit auf den Weg gegeben: ‚Die Freiheit der Erwachsenen heißt Verantwortung!'"

10. Oktober 2019:
„Heute durfte ich rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Deutschen Ordens im Vogtland willkommen heißen...natürlich gemeinsam mit Heinrich von Plauen im Komturhof der Spitzenstadt, dem einzig erhaltenen Gebäude des Deutschen Ordens in Mitteldeutschland. Herzlich willkommen hier in unserer schönen Region :)."



VOR ORT

Yvonne Magwas unterwegs

In den Nichtsitzungswochen des Bundestages bin ich im Vogtland unterwegs, um mit den Menschen vor Ort zu sprechen. In den vergangenen Wochen war ich u.a. bei folgenden Terminen im Vogtland:

- Einweihung des neuen Fahndungs- und Kompetenzzentrum von Bundes- und Landespolizei Vogtland in Plauen
- 25 Jahre IFA Ferienpark Schöneck
- Firmenbesuch Pitcom in Plauen
- Fördergespräche mit der Kirchgemeinde Unterwürschnitz
- Unternehmergespräch mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier bei Plauen Stahl Technologie
- Bürgerdialog mit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in Bad Elster
- Besuch MAN Bus Modification Center in Plauen
- Firmenbesuch bei K.M.E. in Klingenthal

PERSÖNLICH

Bürgersprechstunde

Ich freue mich darauf, Sie persönlich zu treffen.
Meine nächste Bürgersprechstunde findet am

18. November 2019
von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
in meinem Bürgerbüro Plauen, Rädelstraße 2, statt.

Um Wartezeiten zu vermeiden, vereinbaren Sie bitte im Vorfeld einen Termin unter **Telefon 03744 3649828** oder per **E-Mail** unter yvonne.magwas.ma06@bundestag.de.

IMPRESSUM

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22775637 · **Fax:** 030 22776639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de
www.magwas.de

Bild-und Quellen-Nachweise:
S.1 und 2: Tobias Koch, Christiane Lang; S.3: Hansjoachim Weiß; S.4: Deutscher Bundestag; S.5: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Wittig; S.7: THW; S.10: Bundesregierung/ Atelier Schneider, Deutscher Bundestag/Stella von Saldern; S.11: WELTKINO FILMVERLEIH GMBH, S.18: Karsten Repert

CDU